

Die „Volkswohlt“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Vergeltungsliste Nr. 7248.

Volkswohlt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren:
Beträgt für die erste Zeile
einmalige oder bezugslos
20 Pfennige, für Wiederholungen
nach Vereinbarung 13 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Freitag, den 15. Januar 1897.

8. Jahrgang.

Der fiskalische Bergbau und die eingefrorene Socialpolitik.

Im Frühling dieses Jahres werden es acht Jahre her sein, daß im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet ein Streik ausbrach, wie ihn Deutschland bis dahin nicht gesehen hatte. Gegen 90,000 Bergarbeiter standen im Mai des Jahres 1889 im Auslande. Ihre Forderungen waren ungewöhnlich bescheiden; im Wesentlichen verlangten sie achtstündige Arbeitsschicht incl. Ein- und Ausfahrt, Lohnerhöhung von 15 pCt., geachtete Wagen mit richtiger Maßangabe, gesunde Wetterführung. Und in einer am 15. Mai 1889 nach der berühmten Audienz beim Kaiser in Berlin abgehaltenen Konferenz gingen die Arbeiter in ihren Forderungen noch so weit zurück, daß die Ein- und Ausfahrt nicht mit in die achtstündige Schicht unter Tage eingerechnet werden sollte, und daß sie nur noch baten, „die Löhne der Bergleute möchten unter Berücksichtigung der stattgehabten Steigerung der Kohlenpreise in angemessener Weise erhöht werden“. — Freilich sind ihnen auch diese bescheidenen Wünsche nachher nicht erfüllt worden.

Dieser Kohlenbergarbeiter-Streik ist namentlich deshalb besonders interessant, weil er die Ursache für den Vorstoß der deutschen socialpolitischen Gesetzgebung war, der vor sieben Jahren durch persönliches Eingreifen des Kaisers eingeleitet wurde. Am 14. Mai war die schon erwähnte Kaiserdeputation in Audienz empfangen worden; es folgte die Anordnung einer Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlen-Bezirken, die im Laufe des Jahres 1889 in sehr bürokratischer Weise vorgenommen wurde, dennoch aber haarsträubende Dinge zu Tage förderte. Der 4. Februar 1890 brachte die „kaiserlichen Erlasse“, bald darauf wurde der Staatsrath zur Prüfung der Arbeiterfrage zusammengerufen und noch im selben Frühling tagte in Berlin die vom deutschen Kaiser einberufene internationale Arbeiterschutzeskonferenz. Unterm 6. Mai 1890 kam vor Arbeiterschutzeskonferenz der Regierung an den Reichstag. — Man sieht, alles Schläg auf Schläg. Seitdem ist es sehr viel ruhiger geworden. Die jetzigen socialpolitischen Anschauungen des Kaisers hatte man ja vor einigen Tagen Gelegenheit, kennen zu lernen, als er auf einem parlamentarischen Diner die Coalition aller Arbeitgeber gegen die Uebergriffe der Arbeiter empfahl. Der „Minister für Socialpolitik“, von Berlepsch, ist gegangen, Herr von Bötticher, der den Hamburger Streik für eine Privatthat erklärt, ist geblieben!

Was die Verhältnisse der Bergarbeiter im Speziellen betrifft, so hatte es 1890 in den kaiserlichen Erlassen geheißen:

„Die staatlichen Bergwerke wünschen sich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickeln zu sehen.“

Wir müssen aber gestehen, daß wir in einem solchen den Mitgliefern des Abgeordnetenhauses zugehenden Bericht über die Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke nichts gefunden haben, was darauf hindeutete, daß dieser Wunsch des Kaisers sich erfüllt hat. In einem Buch von 56 Seiten Großquart werden der speciellen Behandlung der Arbeiterverhältnisse ganze 83 Seiten gewidmet: Und was ist es, was in diesen 83 Seiten über die Socialpolitik auf den staatlichen Bergwerken gemeldet wird? Man höre:

1. Es sind vom 1. April 1895 bis zum 1. April 1896 nur 99 Arbeiter tödtlich verunglückt, gegen 111 im Jahre zuvor.

2. Die Staatsbergwerke haben in demselben Jahre auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes 1,251,786 Mf. aufzubringen gehabt.

3. An die Arbeiter des Oberharzer Blei- und Silberbergwerkhauhalts sind 2,228 Tonnen Brotkorn zu ermäßigten Preisen abgegeben worden.

4. Zur Beförderung der Arbeiteranstellung in der Nähe der staatlichen Werke erhielten 77 Arbeiter Bauprämien in Höhe von ca. 900 Mf. und unverzinsliche, in 10 Jahren rückzahlbare Darlehen von je 1500 bis 2000 Mf.

5. Es wurden mehrere Fortbildungsschulen für junge Bergleute gegründet, die für den Besuch der Bergschulen vorbereiten.

6. Zur Anleitung der Bergmannstöchter im Anfertigen von Kleidern u. wurden im Saarbezirk 11 Industrieschulen unterhalten. In demselben Bezirk bestehen auch 18 Kleinkinderbewahr-Anstalten.

Das ist alles, was über die Socialpolitik in den „Musteranstalten“ gemeldet wird. Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieser Zusammenstellung abwägen. Kein Wort über die wirklich grundlegenden Lebensbedingungen der Arbeiter: Arbeitszeit, Schichtdauer u. mit keinem Wort erwähnt. Ueber die Löhne sind lückenhafte Angaben vorhanden, indem einige Ober-Bergamtsbezirke in ihren Specialberichten die Löhne erwähnt haben und andere nicht. Beschäftigt waren Arbeiter in preussischen Staatsbergwerken insgesammt 57,942, davon in Steinkohlenbergwerken 46,996, von diesen in den Saarbrücker Gruben 38,715.

Der Lohn dieser 31,815 Steinkohlenbergwerks-Arbeiter im Saarbrücker Bezirk ist jetzt niedriger, als im Streikjahr 1889/90! Er betrug damals für den Durchschnitt sämtlicher Arbeiter pro Tag 3,64 Mf., im Jahre 1895/96 nur 3,58 Mf.! Hiervon sind abgezogen pro Tag 6 Pfennige für Del und Gezüge, 25 Pf. Knappschäftsbeiträge pro Tag! Neben dieser Erniedrigung des Lohnes steht eine Erhöhung der Arbeitsleistung. 1889/90 war die Durchschnittsleistung eines Arbeiter 228 Tonnen im Jahr, 1895/96 238 Tonnen. Weniger Geld, mehr Arbeit und Kleinkinderbewahr-Institute. Es lebe die Socialpolitik und die Musteranstalten! Auf die Löhne in Schlesien, im Harz gehen wir erst gar nicht näher ein. Im Ober-Bergamtsbezirk Clausthal betrug der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst 779 Mf., gegen 797 Mf. im Vorjahr. Also ebenfalls Rückgang, trotzdem die Staats-Bergwerksbetriebe einen Ueberschuß von 19½ Mill. Mf. ergaben, beinahe 7 Millionen mehr als im vorigen Jahr — und trotz dem in der Einleitung des Berichts an das Abgeordnetenhaus Folgendes constatirt ist:

„Die Nachfrage auf dem Bergwerks-Productenmarkt war lebhaft, die Preise zogen an. Demgemäß gestaltete sich das wirtschaftliche Gesamtergebnis des staatlichen Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebes recht befriedigend.“

Nun, wenn es sich nur „recht befriedigend“ gestaltet hat für die betheiligten Arbeiter ist es nur insofern recht befriedigend gewesen, als es ihnen zur Klarheit darüber verholfen hat, daß es in der capitalistischen Gesellschaft keine

Musteranstalten für die Arbeiter giebt, auch keine staatlichen, Staatsbetriebe und Privatbetriebe sind gleicher Weise darauf zugeschnitten, hohe Ueberschüsse zu produciren und dies durch Ausbeutung der Arbeiter zu erreichen. Die Frühlingstürme der Arbeiterfreundlichkeit haben sich längst gelegt und die Socialpolitik ist eingefroren.

Politische Rundschau.

— Fabrikinspectoren und Börsencommissare. Während die Regierung noch immer kein Geld hat, um die Zahl der Fabrikinspectoren zu vermehren bezw. sie von der lästigen Kesselrevision zu befreien, eine Ausgabe, die im Interesse einer nutzbringenden Beaufsichtigung der Fabriken durchaus unerlässlich ist, findet sie wohl das Geld, wenn es sich darum handelt, im agrarischen Interesse Börsencommissare zu ernennen. Dabei werden für diese Beamten Gehälter ausgeworfen, mit denen die Gewerbeinspectorenbezahlung in keinen Vergleich zu ziehen ist. So wird der Berliner Börsencommissar ein pensionsfähiges Gehalt von 9900 Mf. und eine Functionszulage von 5100 Mf., also zusammen 15,000 Mf. erhalten. Und die Thätigkeit? Darüber schreibt die doch sehr „respectable“ „Nat.-Ztg.“:

„Ohne die Wähe, welche die Börse über die Commissionsmacht, zum Maßstab der Bedeutung ihres „schwierigen und wichtigen Amtes“ nehmen zu wollen, wird man doch behaupten dürfen, daß die große Mehrheit der preussischen Beamten sich froh wäre, wenn sie sowohl betreffs der Arbeitslast als der Bezahlung den Börsencommissaren gleichgestellt würden. Wenn sie es verlangten, könnte die Beförderungserhöhungsforderung für den Finanzminister noch erheblich unbequemer werden, als sie es ihm schon ist.“

Also hier scheut man sich nicht, Beamte anzustellen, denen man nicht einmal eine ausreichende Beschäftigung anzuweisen vermag, die man aber besser honorirt als alle anderen, — die Fabrikinspectoren aber überläßt man mit der Kesselrevision und scheidet jeden Pfennig Ausgabe für die Erweiterung des Beaufsichtigungsdienstes. Allerdings, in dem ersten Fall handelt es sich um die Geldinteressen der Besitzenden, in dem anderen um die Gesundheit und das Lebensinteresse der Arbeiter. Das macht einen sehr großen Unterschied!

— Die Duellfrage sind mit der Cabinetsordre des Kaisers über die Duellfrage nicht zufrieden; sie suchen an Gelegenheit zur Bethätigung ihrer Schiekwuth so viel wie möglich zu retten. Bezeichnender Weise ist es ein Bismarckorgan, das diesen Bestrebungen seine Hilfe leiht. Die „Berl. Neuest. Nachr.“ bringen einen Artikel aus dem Kreise der verabschiedeten Offiziere, in welchem polemisch wird gegen die Bestimmung der Cabinetsordre, daß, wenn der Ehrenrath erklärt, die Ehre der Betheiligten sei nicht berührt, der Streitfall selbst seine „vollständige Erledigung“ finde. Der Artikelschreiber meint, daß ein solcher Befehl gegenüber den Offizieren zur Disposition keine bindende Kraft besitze. Wenn die Betheiligten den Streitfall nicht als erledigt betrachten, so werde es ebenso wie bisher zum Zweikampfe kommen und militärischerseits dann keine andere Strafe eintreten können, als die durch das deutsche Strafgesetz vorgesehene Ahndung des Zweikampfes. — Wenn dies zutreffend ist, so würde allerdings die Cabinetsordre ein Schlag in's Wasser sein. Der Artikel der „Berl. Neuest. Nachr.“ sucht ferner darzulegen, daß das ehrengerichtliche Verfahren, wenn es nur mit einer Warnung abschließt, das

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Kueberer.

121

Nachdruck verboten.

„Ja, 's is schon so“, sicherte der Wirth, der zutraulich geworden war.

„Und der alte Eiel, der Poiten, glaubt an den Schwindel, den eahen der Lehrer vormacht?“

„Nun müchte sich die Wirthin in's Gebräch.“

„Man mücht 's fast meinen, Herr Förster“, sagte sie und nickte nachher heran, „der Poiten is eben unser reichter Bauer. Er hat sechs'g Stück Vieh, drei Almen.“

„Jwa Häuser“, nickte der Wirth —

„No und do könnt' er sich scho was erlauben, und den Quab'n in d' Stadt 'neischen, weil er so wie so 'in Herru Beneficiaten sein Rath net folgen will.“

„Was mücht denn der Herr Beneficiat?“ fragte der Förster neugierig.

Der Wirth sagte seine Frau, weil sie schon wieder reden wolte beim Arm und sagte mit gedämpfter Stimme und mit jenem weichen Tonfall, den er stets annahm, wenn er vom Pfarrhause sprach:

„Der Herr Beneficiat hat aus dem Quab'n 'n Geitlichen macher werden, damit die schwere Sund' von der unehelichen Geburt wieder einigermaßen gut gemacht wird, aber der Poiten is gar 'n anderer Mensch, der 's überhaut, leidet Gottes, mit unserer Religion gar nicht genau nimmt und hat erklärt, daß er sich auf so was net einläßt. Jetzt bitt ich Sie, Herr Lehrer!“

„Aber auf de Klumereien von dem Lehrer, da laßt er sich scho ein ha“ betonte Göpfert gewichtig.

„Ja, des is ja, des is ja!“ jammerten Wirth und Wirthin im Chöre.

Göpfert nahm einen großen Schluck und widmete wieder seine Aufmerksamkeit der Kleinen. Sie hatte die Arme überschlagen und sah noch immer an der Kachelwand, wo sie aufmerksam das Zitherpiel verfolgte. Unbefangen sah sie drein mit übermüthigen Augen, die das volle, runde Gesicht angenehm belebten und ihm mit der kleinen, festen Stumpfnase etwas Schnippisches gaben. Die üppigen Brüste und kräftigen Hüften der Frühentwickelten verriethen derbe Gesundheit und fügten sich widerwillig in die beengende Gebirgstradt, in das schwarzejammene Mieder und den steifen, braunen Rock. Ein weißes Tüch, mit lilafarbenen Blumen besetzt, schlang sich um den Hals und die Hüfte.

Verstohlen betrachtete die Wirthin den Förster. Er ließ seine Wäde mit offenkundigem Behagen auf dem drallen Mädel ruhen.

„Sie is net üb'l, de Kathi, net wahr, Herr Förster?“ Göpfert lachte roh:

„Na, do gab a ganz guate Bettunterlag.“

Mit lautem Gewieher begleitete Frau Kreitmayer diesen gemeinen Wis, auch der Wirth lachte, aber gemessener und breiter, indem er lüthig mit den Augen zwinkerte und ein bisschen die Junge verirrte. Bald aber nahm er wieder seine würdige Miene an und sagte sehr wichtig:

„Es gehört sich eigentlich net, Herr Förster, daß man so a jung's Ding bis in die späte Nacht in's Wirthshaus mitnimmt.“

Da wurde der Förster aber sehr passig und grob:

„A, was? Dummheit! Mücht' wissen, warum net? Soll so a Mädel am End dacham verfahren?“

„A bewahre!“ beglückte Herr Kreitmayer, nicht wenig erschrocken, „i hab' ja bloß g'moant, weil der alte Poiten alle-

weil mit dem Eigenberger beisammenhockt und mit dem verkommenen Lumpen, der ein ganz miserabler Socialdemokrat is, oft gotteslästerliche Reden führt. Sehen S', Herr Förster“, fügte er bei und drehte sich um, „da haßt er scho wieder bei ihm!“

Es schien Göpfert sehr gleichgültig zu sein, welchen Verkehr der Poitenbauer pflegte, denn er gab dem Wirth keine Antwort und sah mit sonderbarem Ausdruck zu dem Mädchen hinüber. Er fragte so nebenbei in wegwerfendem Tone, wie viel Verehrer sie schon besitze, und als ihm entgegnet wurde, daß man noch von keinem gehört habe, da wurden des Försters Züge noch freundlicher.

Zur nicht geringen Freude der Wirthsleute verschob er den Ausbruch in sein Forsthaus, zu dem er drei Stunden zu gehen hatte, noch einmal und bestellte frisches Bier. Ein neuer Tanz begann, aber der Förster verließ seinen Poiten nicht, von dem er unausgesetzt zu dem Mädchen hinüberschielte. Jetzt trat ein Bauer auf sie zu und redete mit ihr und dem Poiten. Eigenberger, ein Mensch mit brennrothem Gesicht ohne jeden Bart, mengte sich neugierig in die Unterhaltung und stieß Poiten an. Dieser erhob sich und ging kopfschüttelnd zur Thüre hinaus. Bald folgte ihm der andere, und nun glaubte Göpfert, daß ein passender Augenblick gekommen sei, das alleinige Mädchen anzureden. Er hob sich hinter seinem Tische hervor und ging auf sie zu. —

„Anwaschen war Poiten ins Freie gelangt.“

„Ja, Herr Lehrer“, rief er, als er sich Gattl gegenüber sah, „der Strabner hat g'sagt, i soll glei raus komma zu Cabna, Sie woll'n mi spreche. Ja, was giebt's denn?“

Der Lehrer zog ihn ... Arme vom Eingang hinweg und fuhrte ihn in den dunkelsten Wirthsgarten, wo er im entlegenen Winkel Platz nahm und Poiten an seine Seite drängte. (Fortsetzung folgt.)

aus und würde eventuell dem bayerischen Heimathrecht den Vorrang geben.

Abg. Beck (freif. Volksp.) bemerkt, daß in Bayern alle Parteien ziemlich einig darin seien, ihr Heimathrecht aufrecht zu erhalten.

Abg. Grillenberg (Soc.) führt aus, so lange das Gesetz für das Reich nicht besser sei, wollten die Bayern lieber bei ihrem Recht bleiben.

Abg. v. Kardorff (Rsp.) erklärt das Unterstützungsgesetz für ein schlechtes Gesetz, er wünsche vielmehr mit seinen Fraktionsgenossen das bayerische Gesetz.

Hiermit ist die Rednerliste erschöpft und der Titel „Staatssecretär“ wird bewilligt.

Beim Titel „Alters- und Invaliditätsversicherung“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. v. Stauby (cons.)

Staatssecretär v. Boetticher, in 14 Tagen würde vom Bundesrath im Plenum die Novelle zum Versicherungs-gesetz behandelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Meßger (Soc.) beim Titel „Ober-Seecant“ erwidert

Staatssecretär v. Boetticher, die Novelle zur Seemanns-Ordnung befindet sich auf dem Wege zu den Bundes-Seestaten.

Jetzt sei sie von der technischen Deputation für Seewesen fertig gestellt worden. Wann sie an den Reichstag gelangen werde, sei noch nicht abzusehen.

Die folgenden Kapitel werden bis zum „Gesundheitsamt“ debattellos bewilligt.

Hierauf wird die weitere Berathung vertagt auf Freitag 1 Uhr; außerdem Staats des Intsigamis, des Schagamis und kleinere Staats.

Dom Hafenarbeiter-Ausstand.

Aus Hamburg wird berichtet: Außer mehreren höchst fremdbildigen Gerichtsentscheidungen sind die Hafenarbeiter bis zum 14. Januar in den Strafen für ungesetzliche Handlungen... Die folgenden Kapitel werden bis zum „Gesundheitsamt“ debattellos bewilligt.

Am Mittwoch kamen wieder vier sehr schwere und eine große Anzahl leichtere Unglücksfälle vor. Zwei Schwerverletzte wurden nicht, wie sonst, nach dem Krankenhaus gebracht, sondern nach dem Hoteischiff „Gourier“, und zwar, wie man allgemein vermuthet, weil in den beiden Krankenhäusern kein Platz mehr ist.

Im Hafen lagen am Mittwoch Abend 207 Dampfer, große Seeschiffe in den Gähnen überhaupt 344, eine ganz ungeheuerliche Zahl. Bei Bremerhaven liegen 12 Dampfer, davon gehören der Hamburg-America-Linie allein 6. Unter diesen befinden sich die beiden Schnelldampfer „Normannia“ und „Fürst Bismarck“.

Der Centralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat, wie der „Correspondent“ mittheilt, den Hamburger Hafenarbeitern ein Darlehen von 50,000 Mark gewährt. Daß bei den Sammlungen für Hamburg die Buchdrucker auch sonst ihren Mann standen, wissen unsere Leser bereits.

Für die streikenden Hafenarbeiter wurden von Hannover bis jetzt 12,000 Mark nach Hamburg gesandt.

Partei-Angelegenheiten.

Amendementwahlen. In Folge des unglücklichen Ausfalls der Wahl am Dienstag haben wir in Braunschweig nur noch einen Vertreter im Stadtverordneten-Collegium, nämlich den Genossen Kiefe, dessen Amtsperiode noch nicht abgelaufen ist. Das spezielle Resultat der Wahl ist folgendes: Im 1. Bezirk erhielt Genosse Papias 528 Stimmen, der Wählcandidat 772 St., letzterer ist gewählt. Im 2. Bezirk erhielt Genosse Günther 542 Stimmen, der Wählcandidat 1012 St., letzterer gewählt. Im 3. Bezirk erhielt Genosse Ahmann 653 Stimmen, der Wählcandidat 706 St., letzterer gewählt. Im 4. Bezirk erhielt Genosse Kammus 675 Stimmen, der Nationalliberale 920 St., der Waise 184 St., hier ist Stichwahl erforderlich.

Die Mandate für den 2. und 3. Bezirk waren bisher socialdemokratisch vertreten. Wir haben also zwei Mandate eingebüßt. Die Zahl unserer Stimmen ist indessen gewachsen.

Unserem Genossen v. Vollmar machte in der letzten Zeit sein altes Leben viel zu schaffen, indem die Wunden, die er im deutsch-französischen Kriege erlitten hat, wieder einmal aufbrachen. Er hat sich nun den Zug mittelst eines kranken Apparat durchleuchten lassen, wobei sich ergab, daß in dem Unterleibe Vollmars noch vier Fremdkörper sich befinden, darunter nämlich der aufgedrungenen Wunde eine platt gedrückte Nadel. Vollmar will sich dieses Projectil demnächst aus dem Bein entfernen lassen. Die Operation ist, wie die „Münchener Post“ mittheilt, sehr einfach und wird voraussichtlich die vollständige Heilung der alten Wunden herbeiführen. Auch die übrige Kur Vollmars macht die allererfreulichsten Fortschritte.

Arbeiterbewegung.

Aus Weiskensfeld wird über die Differenzen in dem Schachsaal folgende Nachricht: Durch das drückende Vergehen der Fabrikanten ist es leider zum Ausstand von ca. 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen gekommen. In zwei großen Versammlungen der Arbeiter der

Schuhindustrie wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen erklären hiermit, für die erste Woche des Ausstandes auf die Unterstützung zu verzichten, um den Herren Fabrikanten zu zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, der erfolgten Herausforderung mit aller Energie entgegenzutreten und auf die Dauer des Streiks sich einmal noch größere Entbehrung aufzulegen, wie sie im Arbeitsverhältnisse von jeher gewöhnt sind.“ Weiter wurde in geheimer Abstimmung per Stimmgabel folgender Beschluß gefaßt: „Es soll in jeder Fabrik eine Commission den Unternehmer fragen, ob er die Kündigung zurücknehmen will. Geschieht das, so ist die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Geschieht das nicht, so sollen die neuen Forderungen gestellt werden.“ Für diesen Beschluß wurden 1044, dagegen 69 Stimmen abgegeben.

Wie schon mitgeteilt, beharren jedoch die Fabrikanten darauf, daß die streikenden Arbeiter des Fabrikanten Blais die Arbeit wieder aufnehmen, zu welchem Zwecke die Fabrikanten die Kündigung aller ihrer Arbeiter ja bekanntlich vorgenommen haben. Ein Gerold-Telegramm berichtet: In der Dienstags-Versammlung der Gewerbetreibenden, welcher auch die Fabrikanten beizuhöhen, wurde ein Au gleichsvorschlag der Centralleitung auf Einsetzung einer gemeinsamen Commission abgelehnt. Die übrigen organisirten Arbeiter lehnten einen ähnlichen Vorschlag der Fabrikanten ebenfalls ab, weil sie keine Gemeinschaft mit den Gewerbetreibenden und den Nichtorganisirten haben wollten. In 19 größeren Fabriken herrscht völlige Arbeitsruhe, während in 8 Fabriken theilweise gearbeitet wird. Die übrigen Fabriken arbeiten dagegen vollständig.

Man schreibt ferner aus Weiskensfeld: Abgegeben von zwei bis drei unbedeutenden Fabriken ist sämmtlichen Arbeitern am vorigen Montag gekündigt worden. Am Montag fanden zwei Versammlungen statt, die stärker besucht waren, als dies selbst bei Wahlen hier üblich ist. Das größte Local der Stadt, welches einige 1000 Personen faßt, wie das Arbeiterlocal, mußten lange vor Beginn der Versammlungen abgeperrt werden. Die Arbeiter hatten in den zwei Versammlungen den Beschluß gefaßt, Dienstag früh bei den Fabrikanten nochmals anzufahren, ob sie die Kündigung zurücknehmen und Frieden schließen wollten. Die Friedensliebhaber Arbeiter fand kein Gegenkommen bei den Unternehmern. Dienstag fanden wieder drei stark besuchte Versammlungen statt, wovon eine von den Gewerbetreibenden einberufen war. In allen drei Versammlungen wurde beschlossen, nochmals die Fabrikanten zu fragen, ob sie die Kündigung rückgängig machen wollen, es sollen dann (bis zum October) keine höheren Forderungen gestellt werden. Die Fabrikanten lehnen jedoch einen friedlichen Vergleich wiederum ab und wollen die absolute Niederwerfung ihrer Arbeiter.

Kleine Rundschau.

Berlin, 14. Januar. Es verlautet, daß vom 1. Februar an die Reichspost probeweise 500 Briefträger für den Stadtdienst mit Zweirädern auszurüsten werde. „Es verlautet“ — ob die Sache wahr ist, läßt sich also noch nicht sagen. Uebrigens hat Berlin schon längst Briefträger auf dem Zweirad; aber da es sich hier um eine wesentliche Verbesserung des Bestelldienstes handelt, so war es natürlich eine Privatpost, die sie einführt, und nicht Stephan.

Mächtiger Eisgang wird aus Hamburg gemeldet. Durch das treibende Eis, das stellenweise über einen Meier hoch ist, wird die Elbinsel Finkenwerder völlig abgeperrt. — Der Dampfer „Fürst Bismarck“, welcher gestern mit Hilfe des Eisbrechers flott wurde, ist sofort wieder festgefahren. — Bei Blankenese, wo sechs Seebdampfer festliegen, fand ein Zusammenstoß zwischen dem flott gewordenen Dampfer „Fischweiser“ und dem Dampfer „Kornmoor“ statt, wobei beide Schiffe mächtige Beck im Steven davontoben.

Eine verheerende Feuerbrunst brach am Donnerstag Morgen in Bremen aus. Drei mittleren Bachhäuser der Actiengesellschaft „Bremer Bachhäuser“ in der Höpshorstraße brannten, trotz der angestrengten Thätigkeit der Feuerwehr, nieder; es gelang nur, die beiden angrenzenden Häuser zum Theil zu erhalten. Das in den von dem Feuer in Mitleidenschaft gezogenen 3 Häusern der Gesellschaft befindliche bedeutende Quantum Tabak, welches dort für Rechnung der Firmen F. F. Meyer und Fritz Strauch u. Sohn lagerte, ist durch Feuer und Wasser völlig vernichtet worden. Das verbrannte Tabaklager war mit 400 000 Mk., die fünf Bachhäuser mit 300 006 Mark versichert. Das durch die Wasserfluten vernichtete Tabaklager der Firma Meyer war mit 2 Millionen, das der Firma Fritz Strauch und Sohn mit 250 000 Mark versichert.

Berlin, 14. Januar. Das Bezirksgericht hat den früheren Candidaten von Wächter von der Anklage wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit freigesprochen.

Basel, 13. Januar. Zu einer furchtbaren Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft gestattete sich eine Verhandlung vor dem hiesigen Appellationsgericht. Angeklagt war ein schon lange arbeitsloser Tagelöhner wegen Brandstiftung. Befragt, warum er das Verbrechen begangen, antwortete derselbe mit ruhiger fester Stimme: „Ich habe die Scheune angezündet, um wieder ins Buchhaus zu kommen, weil ich bei meinem hohen Alter keine Arbeit mehr bekomme.“ Der Gerichtshof hat dem Wunsch des durch die schlechten Verhältnisse zum Brandstifter gewordenen Arbeiters in vollem Maße entsprochen, indem er auf das höchst zulässige Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus erkannte.

Eine Feuerbrunst hat in Genf in der Nacht zum Donnerstag das fünfstöckige, alleinstehende Requisitionshaus des Stadttheaters mit dem ganzen Inhalt vollständig eingedäschert.

Faß in vollkommen erstarrtem Zustande traf auf hoher wildbewegter See Capitän Prellin vom Lübecker Dampfer „Nevea“ auf seiner letzten Reise von Lübeck nach Rival einige Inassen eines offenen Bootes an, die schon zwei Tage auf offener See zugebracht hatten. Nach vielen Bemühungen ist es der Retter gelungen, in die Nähe des kleinen Hochzuges zu gelangen und dessen Insassen in Sicherheit zu bringen. Die Geretteten waren auf der Reise von Windau nach Adrensburg (Insel Dese) zum Besuch ihrer Familien anlässlich des Weihnachtsfestes.

Paris, 14. Januar. Gestern Abend explodirte die Pulverfabrik in Sevran, glücklicherweise in dem Augenblick, als sämtliche Arbeiter abwesend waren. Nur ein Beamter, welcher durch vorichtiges Umgehen mit einer Latzre die Explosion verursachte hat, wurde getödtet.

In einem Coaksofen zu Fontaine-l'Évêque wurden vier Arbeiter erstickt aufgefunden. Wie sie in den Ofen gelangt sind, ist noch nicht ermittelt.

Bombay. Wegen des von türkischer Seite ausgehenden Widerstandes in der Frage der indischen Pilger konnte der Sanitätsrath in Constantinopel in seiner Sitzung am Mittwoch keinen Beschluß fassen. Nur in Bakra sind 5 Schiffe mit Pestkranken zurückgewiesen worden. Ein englisches Schiff, welches mit 104 indischen Pilgern abgegangen war, von denen unterwegs zwei an der Pest gestorben sind, ist in Ramaran eingetroffen.

Locale Bundschau.

Breslau, den 15. Januar 1897.

Gegenüber dem so viel besprochenen Urtheile des Staatsanwalts Dr. Reil auf der unlängst in Breslau abgehaltenen Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine, betreffend das sittliche Niveau der socialdemokratischen Presse, ist es gewiß leuchtendamerth, daß gestern der verantwortliche Redacteur unseres Blattes unter der Beschuldigung, unzüchtige Schriften verbreitet zu haben, vor Gericht erscheinen mußte. Eine nähere Beschreibung dieses kleinen Ereignisses ist gewiß am Plage.

Man kann wohl mit einigem Recht von Ironie des Schicksals sprechen, wenn ein Beamter der Staatsanwaltschaft, der in der Beurtheilung der socialdemokratischen Presse eine äußerst scharf ausgeprägte Empfindsamkeit besitzt, wie zahlreiche meist erfolglos vertretene Anklagen gegen socialdemokratische Redacteurs beweisen, über die sittliche Seite derselben Presse hingegen zu einem Urtheile sich gezwungen fühlt, wie es Herr Dr. Reil auf der erwähnten Konferenz ausgesprochen hat.

Wenn der betreffende Beamte weiter dieserhalb mit der „Schles. Ztg.“ einen heftigen Federkrieg auszufechten hat, in welchen ihm in nicht mißzuverstehenden Worten begrifflich gemacht wird, daß der von ihm vertretene Standpunkt unhaltbar ist, ist es um so interessanter, daß er wenige Tage darauf es für notwendig erachtet, gegen einen socialdemokratischen Redacteur wegen Vergehens gegen § 184 des St.-G.-B. das Strafverfahren einzuleiten.

Das Urtheil in der gestrigen Verhandlung ist, wie unsere Leser bereits wissen, nicht im Sinne der Anklage ausgefallen und Herr Dr. Reil, der sich vielleicht bei Einleitung des Strafverfahrens gegen Zahn einen leisen Vorwurf gemacht haben mag, daß seinen Lippen die bekannten Worte entflücht sind, hat durch die gestrige Freisprechung des Angeklagten insofern eine Gemüthung erhalten, als dadurch sein ursprüngliches Urtheil über die sittliche Seite der socialdemokratischen Presse getrübt wird. Hätte in der gestrigen Verhandlung die Beurtheilung des Angeklagten stattgefunden, die „Schles. Ztg.“ hätte sicher ihre helle Freude daran gehabt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß gegen Genossen Zahn noch ein zweites Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 184 schwebt. Möglich, daß in diesem Falle mit Rücksicht auf den Ausgang des gestrigen Processes erst keine Anklage erhoben wird. Die Begründung derselben wäre nämlich noch schwieriger als in dem gestrigen Falle.

* Die Stadtverordneten-Versammlung.

Die Sachfrage in ihrer gestrigen Sitzung wieder mit der Frage der Eingemeindung von Kleinburg und Bopelwitz, welche bekanntlich noch immer nicht als gelöst angesehen werden kann. Nachdem der bezügliche Gesetzesentwurf im preussischen Landtage seine Erledigung nicht gefunden, hat die Regierung in dieser Frage ihre Stellung verändert, denn sie verlangt nun, daß sich erst die beiden beteiligten Kreise auseinandersetzen, ehe ein Gesetzesentwurf, betr. die Eingemeindung, dem Landtage vorgelegt wird. Der Kreis-Ausschuß des Landkreises Breslau hat sich in Folge dessen über die von ihm zu erhebenden Ansprüche bereits schlüssig gemacht; dieselben gehen dahin: 1) Der Kreis-Ausschuß fordert zunächst, daß die Gemeinde Kleinburg seiner Zeit für den Fall der Umgemeindung auferlegte Pflicht, 5000 Mk. und 3000 Mk., zusammen 8000 Mark empfangene Straßenbauhilfsgelder an den Kreis zurückzahlen, von der Stadt Breslau übernommen werde; 2) der Kreis-Ausschuß beschränkt im Uebrigen seine Forderung auf die Uebernahme eines entsprechenden Antheiles an den für die Kreis-schuld zu zahlenden Zins- und Amortisationsbeträgen durch die Stadtgemeinde und verzichtet auf den eventuell daneben zu erhebenden Entschädigungsanspruch wegen Verminderung seiner Steuerkraft durch das Ausschneiden von Kleinburg und Bopelwitz; 3) der Kreis-Ausschuß schlägt zur Bestimmung jenes Antheiles vor, daß die Stadt Breslau einen jährlichen Beitrag zu den Zins- und Amortisationsbeträgen der gegenwärtigen Kreis-schuld bis zu deren Tilgung — am 1. April 1916 — zahlt, welcher in dem gleichen Verhältnisse zu der Gesamtsumme der Zins- und Amortisationsbeiträge steht, wie das zur Kreisbesteuerung geeignete Staatssteuerfoll von Kleinburg und Bopelwitz pro 1896/97 einerseits zu dem gleichgearteten Steuerfoll des gesammten Kreises im laufenden Rechnungsjahre andererseits; 4) unter Absetzung derjenigen Staatssteuerbeträge, welche der Kreisbesteuerung nicht zu Grunde gelegt werden dürfen, hat der Kreis-Ausschuß hierbei das maßgebende Steuerfoll für Kleinburg und Bopelwitz auf 71 256,03 Mk., für den Gesamtkreis auf 528 141 Mk. festgesetzt, die jährliche Kreis-, Zins- und Amortisationsrate mit 60 650 Mk. in die Rechnung eingestellt und hiernach den Jahresbeitrag der Stadt bis zum 1. April 1916 auf rund 8200 Mk. berechnet. — Der Magistrat bittet die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vereinbarung mit dem Kreis-Ausschuß gemäß den unter 1 bis 3 wiedergegebenen Vorschlägen erfolgt und die ziffermäßige Feststellung der auf dieser Grundlage an den Landkreis bis zum 1. April 1916 jährlich zu zahlenden Zins- und Amortisationsrate der königlichen Regierung überlassen wird.

Wie man hieraus erhellt, soll die Stadt Breslau für die Eingemeindung von Kleinburg noch ein schönes Stück Geld zahlen. Aber in Ansehung dessen, daß die Eingemeindung im öffentlichen Interesse geboten erscheint und um den Streit zwischen Stadt und Landkreis endlich aus der Welt zu schaffen, empfiehlt auch der Referent in dieser Sache, Stadto. Heilberg, die sofortige Annahme der Magistratsvorlage. Die Versammlung nahm den vorliegenden Antrag einstimmig an, so daß jetzt die Eingemeindung von Kleinburg und Bopelwitz lediglich von der Einbringung und Annahme des fraglichen Gesetzesentwurfes im Abgeordnetenhause abhängt.

Es wäre gestern in der Stadtverordneten-Versammlung über die Magistratsvorlage betreffend die Eingemeindung nicht weiter gesprochen worden, wenn nicht Stadto. Ripke dazu Veranlassung gegeben hätte. Er fragte nämlich den Magistrat an, ob sämtliche Verträge, welche die Gemeinde Kleinburg geschlossen habe, auf die Stadtgemeinde überkommen würden. So sei z. B. in einem Vertrage die Bestimmung enthalten, daß die Anlage von Straßenbahnen nur mit Genehmigung des Herrn Schottländer resp. seines Rechtsnachfolgers erfolgen dürfe; außerdem habe sich die Gemeinde verpflichtet, die Hauptstraße „Schottländerstraße“ zu nennen. Wegen dieser Ausführungen ergreifen sowohl Herr Stadtrath Mühl, als auch der Oberbürgermeister das Wort, um zunächst den angezogenen Vertrag als ungeschlüssig zu kennzeichnen und zu bemerken, daß sich Herr Schottländer der Stadt gegenüber „nichts als wohlwollender Contra-Jant“ erwiesen habe.

